

IN DIESER AUSGABE:

Dank allen fleißigen
Wahlhelfern

Seite 2

Sicherheit und
Terrorismusbekämpfung

Seite 2

Wo bleibt der Mensch
neben Robotern?

Seite 3

LINKER Bürgermeister-
kandidat Stephan Schwabe

Seite 3

Am Abend der Bundestagswahl dankte die Vorsitzende der LINKEN Märkisch-Oderland, Bettina Fortunato, unserer Kandidatin, Kerstin Kühn, herzlich für ihren

tollen, leidenschaftlichen Wahlkampf. Auf Marktplätzen, in Einrichtungen, Unternehmen und in großen Sälen habe sie den Menschen zugehört und mit viel Engagement die

Positionen der LINKEN für eine gerechtere und friedlichere Gesellschaft erläutert. Leider spiegelt sich der allgemeine Rechtsruck, hinein in die konservative bis rechtsradikale Flanke, auch in unserem Wahlkreis wider. In nahezu allen Kommunen gewann die CDU vor der LINKEN, gefolgt von AfD und SPD.

Hans-Georg von der Marwitz (CDU) erhielt 28,4 Prozent der Stimmen, Kerstin Kühn 22,5 Prozent, Andreas Schuffenhauer (AfD) 20,2 Prozent und Stephan Ruebsam (SPD) 15,8 Prozent. Nun ist die AfD dabei. Das ist alarmierend. Fortunato unterstrich die große Herausforderung, der AfD genau auf die Finger zu schauen und ihre „Argumente“ zu entlarven. Im einstigen Reichstagsgebäude wird nun wieder Nazi-Deutsch gesprochen werden, wie man es schon aus den Landtagen kennt.

LINKE, SPD und Grüne müssen sich die Frage stellen, warum sie dem Rechtstrend bisher so wenig entgegen zu setzen haben, warum Populismus auf dem Rücken von Flüchtlingen als Sündenböcke für eine verfehlte Politik so zahlreichen Anklang findet.



Danke liebe Kerstin!

Der Wahlleiter der LINKEN in MOL, Marco Büchel (Mitte), dankt allen fleißigen Wahlhelfern, die Plakate aufgehängt haben, Aktionen und Info-Stände organisierten und Flyer verteilten ganz herzlich.

Friedensfest in Strausberg: Diplomatie statt Krieg

Beim traditionellen Friedensfest Anfang September in Strausberg verteilten unsere Bundestagskandidatin, Kerstin Kühn, und der Vorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke, an die vielen Besucher eine große Torte zum 10-jährigen Geburtstag der Partei. Beide unterstrichen, wie wichtig eine starke LINKE im Bundestag ist, um konsequent gegen die Beteiligung an Kriegen und Aufrüstung zu streiten. Gemeinsam mit den außenpolitischen Sprechern der Linksfraktion im Bundestag, Jan van Aken und Thomas Nord, appellierten sie auf der Bühne und in vielen Gesprächen, abzurüsten, statt aufzurüsten und Waffenexporte einzustellen. Es gelte vielmehr, in Krisengebieten mit Diplomatie zu agieren. Schließlich sei Frieden ein grundlegendes Menschenrecht. Van Aken machte darauf aufmerksam, dass das Thema Waffenexporte in Krisengebiete überhaupt erst

durch DIE LINKE in den Bundestag getragen wurde.

Die brandenburgische Spitzenkandidatin zu den Bundestagswahlen, Kirsten Tackmann, erinnerte daran, wie gemeinsame Aktionen vieler die weitere militärische Nutzung des einstigen Truppenübungsplatzes Wittstock (Bombodrom) verhinderten. „Wir waren erfolgreich, weil wir an uns geglaubt, miteinander geredet und uns zusammengesgeschlossen haben“, unterstich sie.

Kerstin Kühn bekräftigte, dass Frieden ihr Lieblingswort sei. Sie habe in den zurückliegenden Wochen den großen Wunsch nach Veränderungen besonders im Gesundheits- und Bildungs-



v. l. n. r.: Christian Görke, Elke Stadeler, Kerstin Kühn, Jan van Aken und Thomas Nord auf dem Friedensfest

wesen sowie im sozialen Bereich erfahren. Die Erwartungen an die LINKE seien groß. Es gelte, den Vertrauensvorsprung leidenschaftlich und unbeirrt einzulösen.

Renate Adolph

Liebe Wahlkämpfer*innen,

die Bundestagswahl liegt hinter uns. Das Ergebnis zeigt, dass sich die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland deutlich nach rechts verschoben hat. Das ist erschreckend. Es ist aber zugleich ein Auftrag an uns, nicht aufzugeben. Dies zeigen auch vor allem die vielen Neueintritte seit dem Wahlabend. In diesem Jahr können wir bereits über 160 neue Mitglieder bei uns im Land Brandenburg begrüßen! Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, dass die LINKE kämpfen kann. Wir haben bundesweit das zweitbeste Wahlergebnis unserer Geschichte eingefahren. Dies war nur mög-

lich, weil sich viele Genoss*innen in diesen Wahlkampf engagiert eingebracht haben. Dafür möchten wir uns, auch im Namen des Brandenburger Landesvorstandes, ganz herzlich bedanken. Wir danken den Kandidat*innen, den Kreiswahlkampfleiter*innen, dem Landeswahlbüro und den vielen Helfer*innen an Infoständen. Wir danken all denen, die Plakate gehängt haben, Infomaterial verteilt haben, die bei Aktionen und Demos dabei waren, denen die im Netz ihre Wahlempfehlung abgegeben oder einfach nur die Nachbarin überzeugt haben. Dieser Wahlkampf hat gezeigt, dass DIE LINKE in Brandenburg wahlkampffähig ist und das war für uns die beste Botschaft.



Nun werden wir uns ausreichend Zeit nehmen, auch unser Brandenburger Ergebnis zu analysieren und auch die Erfahrungen vor allem aus den anderen ostdeutschen Bundesländern auswerten. Denn eines zeigt sich: Auch DIE LINKE Brandenburg konnte sich dem Generaltrend, insbesondere im Osten, nicht entziehen. Hier gibt es für uns viel Stoff, über den wir nachdenken müssen und werden. Aber auch neu gesammelte Erfahrungen. Besonders im Hinblick auf die kommende Landtagswahl und die Aufgaben, die nun vor uns liegen. Kurz: Jetzt ist es an der Zeit, gemeinsam ehrlich über unsere Stärken und Schwächen gründlich und solidarisch zu diskutieren. Und diese Zeit nehmen wir uns.

Aber natürlich hat das Ergebnis auch Enttäuschungen mit sich gebracht. Besonders groß ist die Trauer bei denen, die den Einzug in den nächsten Bundestag nicht geschafft haben und bei ihren Teams.

Euch allen möchten wir Danke sagen und allen gewählten herzlich gratulieren.

Ihr alle habt toll gekämpft und alles gegeben. Wir sind sicher, auch ihr lasst euch von diesem Rückschlag nicht entmutigen. Denn eines hat die Wahl ganz deutlich gezeigt: Dieses Land braucht eine starke LINKE mehr denn je. Lassen wir also den Kopf nicht hängen und kämpfen wir weiter für eine solidarische, friedliche und weltoffene Gesellschaft!

Mit kämpferischen Grüßen

Christian Görke,
Vorsitzender DIE LINKE. Brandenburg

Kirsten Tackmann und Thomas Nord,
Bundestagsabgeordnete des Landes Brandenburg

Öffentliche Sicherheit und Terrorismusbekämpfung

Eine Verschärfung von Sicherheitsgesetzen ist nicht notwendig, erläuterte Andreas Büttner beim 48. Neuenhagener Gespräch Ende September. Der in Berlin aktiv tätige Polizeibeamte im Range eines Oberkommissars sowie Polizeiausbilder kennt sich in Fragen der öffentlichen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung bestens aus. Verschärfungen bedeuteten nicht mehr Sicherheit, was einige Politiker gern vorgaukelten. Es gäbe genügend Vorschriften, die allerdings besser mit mehr Einsatzkräften und modernerer Ausstattung zum Tragen kommen könnten. „Eine Verschärfung des Strafrechts kann nicht Probleme lösen, sondern nur eine gute Sozialpolitik.“ Viele Straftaten wie Diebstähle und Drogenkriminalität würden bei auskömmlichen Lebensbedingungen erst gar nicht begangen werden, bekräftigte der auch ehrenamtlich in der Arbeitsgemeinschaft „LINKE Polizisten“ Tätige.

In Deutschland wäre es notwendig, ein länderübergreifendes Polizeigesetz zu schaffen, um mit einheitlichen Standards besser kommunizieren und koordinierter handeln zu können. Die rot-rot-geführten Regierungen in Berlin und

Brandenburg haben endlich den Stellenabbau, der zuvor maßgeblich von der CDU betrieben wurde, gestoppt. Es wurden neue Stellen und mehr Ausbildungsplätze eingerichtet. Wichtig seien mehr Polizisten auf der Straße. Im Übrigen sei die Kriminalitätsrate von Ausländern nicht höher als die von Deutschen, was oft anders kolportiert werde, unterstrich er.

Mehr Gesetze bringen nicht mehr Sicherheit

Neue Sicherheitsgesetze, vor allem bei der Überwachung, wurden in den letzten Jahren zur Terrorismusbekämpfung erlassen. Trotz der erweiterten Eingriffsbefugnisse hätten die Sicherheitsbehörden regelmäßig wie im Fall des Attentäters Anis Amri bei der möglichen Verhinderung von Gewalt- und Terrorakten versagt. Neben dem Terror nehme politisch motivierte Gewalt insbesondere in Form organisierter neofaschistischer Übergriffe zu. Auch hier scheiterte der rechtzeitige Zugriff auf die Terrorzelle des NSU nicht an fehlenden rechtlichen Befugnissen.

Büttner erläuterte die Ursachen des islamischen Terrorismus. Er schlug den Bogen von



v. l. n. r. Thomas Raek und Andreas Büttner

der ursprünglichen von den USA geförderten Al-Qaida in Afghanistan und Irak bis schließlich zur Unterstützung aus Saudi Arabien für sunnitische Beamte und Armeeinghörige, die in Folge der amerikanischen Intervention im Irak zu Tausenden entlassen wurden und im Sammelbecken Islamischer Staat ihren neuen Lebensunterhalt fanden. Die Saudis verfolgten dabei ihre Interessen gegen Schiiten.

Der einzige Weg, Terrorismus zu bekämpfen, sei Aufbauhilfe in Kriegsländern, um der dortigen Jugend eine Perspektive zu geben. Arbeitslose junge Menschen, auch hier in Deutschland, seien über das Internet willfährige Ansprechpartner für Radikalisierungen.

r. a.

Wo bleibt der Mensch neben Robotern?

Es ist kaum vorstellbar, dass ein Bauarbeiter mit einem 3-D-Drucker ein Bürogebäude für ein mittleres Unternehmen errichten kann. Nur 16 Mitarbeiter werden noch für Installationsarbeiten benötigt. Die Kosten für den Bau sind um 50 Prozent geringer als bisher üblich. Zukunftsvisionen? Nein, das ist bereits Realität in Dubai. Und es ist erst der Anfang einer neuen Ära. In Dubai soll bis 2030 jedes 4. Gebäude in dieser neuen Weise errichtet werden. Oder, ist es Spinnerei, dass man die Einzelteile seines Traumatros fertigen lassen und dann innerhalb von 30 Minuten selbst wie ein IKEA-Möbel zusammenbauen kann? Nein, die Firma Local Motors, auch in Berlin aktiv, baute bereits „Strati“, das erste strabentaugliche 3-D-Auto aus lediglich 49 Einzelteilen. Außerdem, in neue Zeiten weisen auch schon jetzt Modelle für autonomes Fahren von Bussen und das Entladen von Containern nur durch Drohnen, um nur einige wenige Neuheiten zu nennen.

Darüber, wie die beginnende 3. industrielle Revolution unser Leben zu verändern beginnt, referierte die international bekannte Publizistin und inzwischen über die Landesliste der LINKEN Brandenburg gewählte Bundestagsabgeordnete, Anke Domscheit-Berg, Anfang September in Müncheberg. Sie verdeutlichte, welche Konsequenzen sich angesichts einer sich ändernden Arbeitswelt ergeben. Der digitale Wandel werde gravierende Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen haben, prognostizierte sie. Es seien keineswegs nur Jobs in der Industrie von Automatisierung und Digitalisierung bedroht, sondern auch in Büros, Kanzleien, Callcentern und Laboren.

Schätzungen gehen davon aus, dass 12 bis 47 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland verschwinden, auch solche, die heute noch eine hohe Qualifikation erforderten.

Wandel im Sinne des Gemeinwohls

Auch wegen der zu erwartenden hohen Arbeitslosenzahlen ist Domscheit-Berg eine Verfechterin eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es müsse Teil einer sozialen Revolution sein, um den digitalen Wandel im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten. Zum Beispiel gäbe es genug zu tun im bürgerschaftlichen, bisher ehrenamtlichen, Bereich. Zudem müsse die Arbeitszeit gekürzt werden. Gemeinsam mit der LINKEN-Vorsitzenden, Katja Kipping, habe sie eine Linke Digitale Agenda erarbeitet, die bereits im August der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die großartigen Potenziale der Digitalisierung würden noch viel zu wenig gefördert wie der freie Zugang zu Wissen, die 3-D-Druck-Technologie beispielsweise für den sozialen Wohnungsbau mit preiswerten und schnell schönen Wohnungen oder die Möglichkeiten der Blockchain-Technologie, um Verträge oder Zahlungen transparenter, nachvollziehbarer und damit weniger anfällig für Korruption zu machen.

Allerdings werde der soziale und Pflegebereich, wo der warme, direkte Kontakt von Mensch zu Mensch gefragt ist, nicht völlig von Robotern ersetzt werden, beruhigte die IT-Spezialistin auf geäußerte Ängste.

Für digitale Entwicklung Weichen stellen

Die Politik ist aufgerufen, schon jetzt die Weichen für diese Entwicklung zu stellen. Doch sie tut es nicht. Domscheit-Berg unterstrich,



Anke Domscheit-Berg und Kerstin Kühn

dass sie deshalb für den Bundestag kandidiert habe. Bisher gäbe es dort zu wenige Abgeordnete, die sich den digitalen Anforderungen stellten.

„Ich war schon bei der letzten Bundestagswahl Kandidatin, damals für die Piraten. Mit Leib und Seele hatte ich mich für mehr Bürgerbeteiligung und eine gute digitale Gesellschaft eingesetzt. Als ich von einigen LINKEN gefragt wurde, ob ich mir eine erneute Kandidatur, diesmal für DIE LINKE, vorstellen könnte, war ich überrascht. Nach wenigen Wochen Bedenkzeit und vielen Gesprächen in der Familie habe ich mich dann dafür entschieden“, antwortete die Bundestagsabgeordnete, die in Müncheberg aufwuchs und heute in Fürstberg/Havel lebt auf Nachfrage an dem sehr spannenden Abend.

An der Veranstaltung der LINKEN nahm auch die Bundestagskandidatin Kerstin Kühn teil, die sich insbesondere zu den rechtlichen Folgen der Datensicherheit äußerte. r. a.

LINKER Bürgermeisterkandidat Stephan Schwabe



rechts Stephan Schwabe nach der Kandidatenwahl

Mitte September wählten die Genossinnen und Genossen aus Petershagen/Eggersdorf

einstimmig Stephan Schwabe zu ihrem Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen im kommenden Februar.

Der 37-jährige, der heute in Strausberg wohnt, wuchs im Doppeldorf auf und hat hier noch immer feste familiäre und freundschaftliche Bindungen. Er ist verheiratet und Vater eines 4-jährigen Sohnes. Seit 2015 arbeitet der Verwaltungsfachangestellte für die Gemeinde. Zuvor war er als Wahlkreismitarbeiter der Landtagsabgeordneten Kerstin Kaiser tätig.

„Wir brauchen mehr Kita- und Schulplätze und einen besseren öffentlichen Nahverkehr. Was nutzen z. B. eine Bahn, die nur alle 20 Minuten fährt und ein Bus, der nur einmal in der

Stunde am Bahnhof hält? Größere Anstrengungen sind auch für neue Geh- und Radwege nötig. Ebenso dringend ist der Bau von altersgerechten Wohnungen mit guter Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Auch von einer künftigen barrierefreien Gemeinde profitieren alle. Die Verwaltung sollte ein den Bürgerinnen und Bürgern zugewandter Dienstleister sein. Egal, ob im persönlichen Gespräch oder per Mail.“ Soweit nur einige Stichpunkte für die gemeinsame Gestaltung eines lebens- und liebenswerten Doppeldorfes, die Stephan Schwabe in seiner Rede vorstellte.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796

Redaktion: Renate Adolph, reneate@adolph.de

Layout u. Satz: Fortunato Werbung

Satz: www.fortunato-werbung.de

Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro
Bad Freienwalde**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. November 2017

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. November 2017

Weltfriedenstag auf dem Marktplatz in Müncheberg

Ein riesiges Transparent wird auf dem Markt entfaltet, indem es mit einem Kran in die Höhe befördert wird. Der Hintergrund des Banners ist himmelblau, darauf eine weiße Taube, Symbol für den Frieden. Auch in diesem Jahr erinnert DIE LINKE des Kreisverbandes Märkisch-Oderland in Müncheberg und anderen Orten an den Weltfriedenstag, der ansonsten kaum noch wahrgenommen wird, so scheint es jedenfalls. Anlass dieses Antikriegstages ist der Beginn des zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen.

In Müncheberg ist an dem heutigen 1. September Markttag. Viele Besucher staunen nicht selten über die Aktion der LINKEN. Ein alter Mann sagt mir, er hätte den Krieg erlebt. Wir brauchen so etwas nicht wieder. Eine ehemalige Kollegin, nicht mehr gut auf den Beinen, erzählt von den schweren Nachkriegsjahren als junger Mensch. Es herrschte Hunger und Zerstörung. Gern war man damals bereit, in der wenigen freien Zeit den Nachbarn zu helfen, um als Belohnung Essen zu erhalten, das ansonsten nicht reichte.

Selten vernehme ich abweisende Reaktionen zu unserer Aktion. Einem älteren Herren möchte ich Informationsmaterial geben. Doch er geht spürbar auf Distanz. Wenig später antwortet mir eine Frau sehr freundlich: „Sie wissen doch, wem ich meine Stimme gebe, also brauche ich Ihre Werbung nicht.“ Stimmt, sie ist Stammwählerin der CDU. Eine weitere Frau winkt ab, vor der Wahl würden die Parteien viel erzählen und versprechen. Danach würden Versprechen schnell



wieder vergessen. Im Übrigen wähle sie schon immer links. Mangelnder Glaube an ehrliche Politik ist mehrfach den Gesprächen zu entnehmen.

Den Freitagmarkt besuchen vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger. Da bleiben die Themen Rente und gesundheitliche Versorgung nicht aus. Die Benachteiligung Ostdeutscher bei der Rente besteht nach über 25 Jahren deutscher Einheit weiter. Die Ostdeutschen werden vertröstet. Es heißt nun, die Rentenangleichung soll bis 2025 vollzogen werden. Dann werden 35 Jahre nach der deutschen Einheit vergangen sein. „Beständigkeit zählt“, damit wirbt die regierende CDU auf großen Plakaten. Wie wahr. Über diesen Wahlslogan intensiver nachzudenken lohnt sich. Den Weltfriedenstag betreffend stellt sich die Frage, was die CDU und ihr Koalitionspartner unter Beständigkeit in der Friedenspolitik verstehen. Die deutschen Waffenexporte sind gestiegen, gerade in kriegsgefährdete Gebiete. Die NATO expandiert, schürt Spannungen auch in Europa, an den Grenzen Russlands, dem „Reich des Bösen“, wie es der ukrainische Ministerpräsident Poroschenko jüngst mehrfach äußerte. Das gaben deutsche Medien unkommentiert wider. Und deutsche Soldaten ziehen wieder in den Krieg. Die Welt ist mit Beständigkeit auch durch deutsche Politik unsicherer geworden. Deshalb ist es wichtig, die Stimme für den Frieden zu erheben, ehe es zu spät ist.

Dr. Dietmar Barkusky



Zwei Tage DIAKONIE- Praktikum

Während der parlamentarischen Sommerpause war die Landtagsabgeordnete Bettina

Fortunato zwei Tage als Praktikantin beim Diakonischen Werk Oderland-Spree e. V. tätig. Zunächst in der Tagespflegestation „Königshöhe“ in Bad Freienwalde. Hier können pflegebedürftige Menschen bei liebevoller Betreuung gemeinsam den Tag verbringen, Mahlzeiten einnehmen, sich unterhalten oder beim abwechslungsreichen Beschäftigungsprogramm mitmachen. Die Abgeordnete ging mit Besuchern spazieren und fieberte bei verschiedenen Spielen mit ihnen zusammen. Oder sie hat mit ihnen einfach nur „gequatscht“ und – natürlich – beim Abräumen und Abwaschen geholfen. Der zweite Tag begann schon früh um 6 Uhr an der Sozialstation der Diakonie in Wriezen. Von dort ging es auf ambulante Pflegetour zu Patienten, die zu Hause leben und dort betreut werden.

„Ich habe durchweg sehr engagierte Kolleginnen getroffen, die ein äußerst straffes Arbeitspensum realisieren. Sie müssen jeden Tag weite Wege zurücklegen und sind absolut das Rückgrat bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen im ländlichen Raum. Es bleiben Fragen: Wie viel Zeit ist da, um sich mit den Bedürftigen zu beschäftigen? Und wer kümmert sich um die Sorgen der Krankenschwestern und Pfleger? Wie sehr wir Pflegerinnen und Pfleger für unsere Gesellschaft brauchen, was sie leisten, spielt in der Öffentlichkeit leider kaum eine Rolle! Bei der Entlohnung muss sich die Wertigkeit der geleisteten Arbeit künftig viel deutlicher widerspiegeln“, schätzte Bettina Fortunato abschließend ein.

Wohin steuert die BRD?

Zu einem **Forum** mit **Wolfgang Gehrcke**, langjähriger Bundestagsabgeordneter der LINKEN, lädt ISOR e.V. ein,
Donnerstag, **19. Oktober, 15 Uhr**,
Kantine im Parkhaus,
Hegermühlenstraße,
15344 **Strausberg**.

Kreisparteitag am 20. Januar

Die Einberufung eines Kreisparteitages DIE LINKE. Märkisch-Oderland für den **20. Januar 2018** hat der Kreisvorstand der Partei am 5. Oktober beschlossen.

Auf der Tagesordnung stehen Wahlen eines neuen Kreisvorstandes, einer neuen Finanzrevisionskommission sowie der Delegierten für den Bundesparteitag und Landesparteitag, außerdem eine Diskussion über die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017.